

kämpfung der Kinderarbeit verliehen. 1989 gründete er das 'Südasiatische Bündnis gegen Kindersklaven', dessen Vorsitzender er 1992 wurde. Heute finden sich 470 Organisationen aus allen Ländern Südasiens in diesem Bündnis wieder. Mit seinem Namen verbindet man u.a. die Einführung des 'Rugmark'-Siegels, ein Markenzeichen, welches Teppiche kennzeichnet, die ohne Kinderarbeit gefertigt worden sind. Teppichhersteller, die den Vorteil dieses Siegels nutzen wollen, müssen sich dabei Kontrollen bis hin zu unangemeldeten Inspektionen unterwerfen. Sowohl der 'United Nation Childrens Fund' (UNICEF)

als auch die 'International Labour Organization' (ILO) haben 'Rugmark' als ein sinnvolles Instrument beim Kampf gegen die Kinderarbeit anerkannt. Deutschland gehört neben den USA zu den größten Importeuren handgeknüpfter Teppiche. Ein anderes von Kailash Satyarthi initiiertes Projekt sind Rehabilitationszentren, in denen die aus der Sklaverei befreiten Kinder zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft eine Schul- und Berufsausbildung erhalten.

Ein Anliegen des 45-jährigen gelernten Ingenieurs war es dabei immer wieder, sowohl südasiatische als auch westliche Gesellschaften für die Problematik der

Kinderarbeit zu sensibilisieren und eine möglichst breite Basis für seine Kampagnen zu gewinnen. Ausdruck fand dies auch in den von ihm organisierten Protestmärschen, so u.a. von Bihar bis in das 2.000 Kilometer entfernte Delhi - ein Marsch, an dem über 5 Millionen Menschen teilnahmen. Noch in Erinnerung sein dürfte der 'Global March against Child Labour'. Dieser weltweite Sternmarsch gegen Kinderarbeit begann im Januar 1998 in Manila, erreichte nahezu 100 Länder auf allen Kontinenten und endete nach 80.000 km im Juni 1998 bei der ILO in Genf.

Neuwahlen in Indien

Wenig Hoffnung auf eine stabile Regierung

Von Dirk Geilen

Die Regierung Vajpayee ist gescheitert. Nur 13 Monate nach Übernahme der Regierungsgeschäfte verlor sie am 17. April mit nur einer Stimme eine Vertrauensabstimmung im Parlament. Vorausgegangen war das Ausscheren des mit 18 Abgeordneten stärksten Koalitionspartners, der AIADMK aus dem Bundesstaat Tamil Nadu. Der Wähler wird im September somit zum dritten mal innerhalb von nur drei Jahren an die Wahlurne gerufen. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Mehrheitsverhältnisse besteht jedoch wenig Hoffnung auf eine Überwindung der Pattsituation. Die vermeintliche Spitzenkandidatin des 'Congress', Sonia Gandhi, war zwischenzeitlich aufgrund innerparteilicher Kritik an ihrer italienischen Herkunft vom Amt der Parteipräsidentin zurückgetreten.

In der zweiten Aprilwoche teilte die 'All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam' (AIADMK) dem Staatspräsidenten schriftlich mit, daß sie der Regierung um die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) ihre Unterstützung entziehe. Mit dieser Entscheidung wurde ein Schlußstrich unter die von Beginn an schwierige Zusammenarbeit zwischen den zwei stärksten Regierungsparteien gezogen. Vorausgegangen waren Wochen und Monate intensiven Disputts zwischen der AIADMK und anderen an der Regierung beteiligten Parteien. Über die ausschlaggebenden Gründe ihres Ausscheidens wurde heftig spekuliert: Die AIADMK führte unvereinbare nationale Sicherheitsinteressen an. Entzündet hatten sich die Streitigkeiten zwischen der AIADMK auf der einen und dem Verteidigungsminister George Fernandes auf der anderen Seite. Dieser hatte den umstrittenen Rücktritt von Admiral Vishnu Bhagwat - dem Stabschef der Marine - angeordnet. Die südindische Regional-

partei - allen voran ihre Parteivorsitzende Jayalalitha - forderte in diesem Zusammenhang von der Regierungspartei die Wiedereinsetzung Bhagwats und die Entlassung Fernandes.

Vajpayee hingegen kam diesem Ansinnen nicht nach. Auch der permanent geäußerten Forderung der AIADMK, die derzeit von der 'Dravida Munnetra Kazhagam' (DMK) geführte Landesregierung in Tamil Nadu abzusetzen und Neuwahlen auszuschreiben, widersetzte sich die BJP. Hier dürfte auch vermutlich der wahre Grund für das Verhalten der AIADMK zu finden sein. Jayalalitha hatte offensichtlich darauf spekuliert, auf diesem Wege ihre Ausgangsposition bei anstehenden Korruptionsprozessen gegen ihre Person zu verbessern.

In der vom Präsidenten anberaumten Vertrauensabstimmung hoffte die Regierung bis zum letzten Moment, den Verlust der AIADMK kompensieren zu können. Es gelang ihr, einige kleinere Parteien - u.a. die erwähnte DMK - auf

ihre Seite zu ziehen. Die Entscheidung wurde letztendlich durch die 'Bahujan Samaj Party' (BSP) herbeigeführt. Angeblich soll sie der BJP noch am Vorabend eine Stimmenthaltung zugesagt haben. Tatsächlich jedoch stimmten die fünf Abgeordneten gegen die Regierung. Wie bereits bei Jayalalitha werden auch hier weniger politische denn persönliche Gründe für das Abstimmungsverhalten angeführt. So warfen Regierungsvertreter der BSP-Vorsitzenden Mayawati vor, sich für das zwei Jahre zurückliegende Zerwürfnis ihrer Partei mit der BJP in Uttar Pradesh gerächt zu haben.

Gescheiterte Regierungsbildung

Staatspräsident Narayanan rückte in jenen Tagen in den Blickpunkt des Interesses. Ihm oblag die Aufgabe, eine Partei oder Parteienkonstellation mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Auch die BJP wollte einen neuen Vorstoß wagen. Staatsrechtler indes hielten diese

Forderung für verfassungsmäßig nicht vertretbar, es sei denn alle anderen Möglichkeiten einer Regierungsbildung seien ausgeschöpft. Der Präsident erteilte somit dem 'Congress', als der zweitstärksten politischen Kraft, den Auftrag zur Bildung einer Regierung.

Auch in der Folge blieben die Ränke-spiele - das sogenannte 'horse trading' - des politischen Establishments unübersichtlich. Die Anfangs vom 'Congress' geäußerte Zahl potentieller Unterstützer erwiesen sich als "Bluff". Von den angeblich 275 für eine 'Congress'-Regierung votierenden Abgeordneten, eine Zahl, die für eine knappe Mehrheit genügt hätte, blieben gerade 235 übrig.

Somit gelang es in der Folge nicht, dem Präsidenten eine mehrheitsfähige Regierung vorzustellen, die - wenn es gelungen wäre - rein rechnerisch mehr Koalitionspartner umfaßt hätte, als die vorhergehende BJP-Regierung. Letztendlich war es Mulayam Singh Yadav, der Parteiführer der 'Samajwadi Party' (SP), der die Hoffnungen des 'Congress' auf eine Rückkehr zur Macht zunichte machte. Er sträubte sich gegen seine Einbindung in eine künftige Regierung.

Der 'Congress' seinerseits bestand von Beginn an auf einer Regierung unter seiner Führung; die mögliche Unterstützung einer Minderheitsregierung war damit vom Tisch. Dabei gab es ernsthafte Bestrebungen einer Neuauflage der 'United Front' - als einem Zusammenschluß regionaler, säkularer Parteien. Mit Jyoti Basu, dem Ministerpräsidenten aus Westbengalen von der 'Communist Party of India - Marxist' CPI (M), hatte man sich intern bereits auf einen Kandidaten für das Amt des Premiers geeinigt.

Nachdem weder die 'United Front' noch die 'Congress'-Partei die notwendige Unterstützung vorweisen konnte und auch die BJP keine handlungsfähige Alternative präsentierte, blieb Präsident Narayanan nur die Möglichkeit, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen. Die Wahlkommission legte das Datum für die Wahlen auf September/Oktober fest.

Verbitterung im BJP-Lager

In einer Kabinettsresolution sparte die scheidende Regierung nicht mit scharfen Angriffen und Schuldzuweisungen gegen den Präsidenten und dessen angebliche ('Congress')-Parteilichkeit.

Dem scheidenden Premierminister war trotz aller Enttäuschung auch eine gewisse Erleichterung anzumerken. Er fühle sich frei - mit diesen Worten umschrieb Vajpayee die Entscheidung Jayalalithas, die Koalition zu verlassen. Die sich über das Jahr hinziehenden Auseinandersetzungen mit der streitbaren ehemaligen südindischen Filmdiva



Sonia Gandhi - neue Premierministerin Indiens? (Foto: 'Outlook')

sind offensichtlich nicht spurlos an dem 72-jährigen vorübergegangen.

Gleichzeitig ließen sich auch nach einem Jahr BJP-Regierung kritische Stimmen aus den eigenen Reihen vernehmen, die selbst vor der Person des Premiers nicht haltmachten. Auf einem landesweiten Treffen führender 'Hindutva'-Vertreter im Februar in Lucknow läßt sich der Unmut vieler Hindu-Nationalisten am Kurs der Regierung ablesen. Die Kritik der sogenannten 'Sangh Parivar' - der hindunationalistischen Organisationen um die 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS) - gilt Premier Vajpayee und seiner vermeintlich nachgiebigen Haltung den Koalitionspartnern gegenüber. Sein wirtschaftlicher Liberalisierungskurs war nach einem Jahr weit von den 'Swadeshi'-Vorstellungen vieler entfernt und seine "Pendelbus-Diplomatie" mit dem "Erzfeind" Pakistan schien ohnehin vielen Radikalen ein Dorn im Auge.

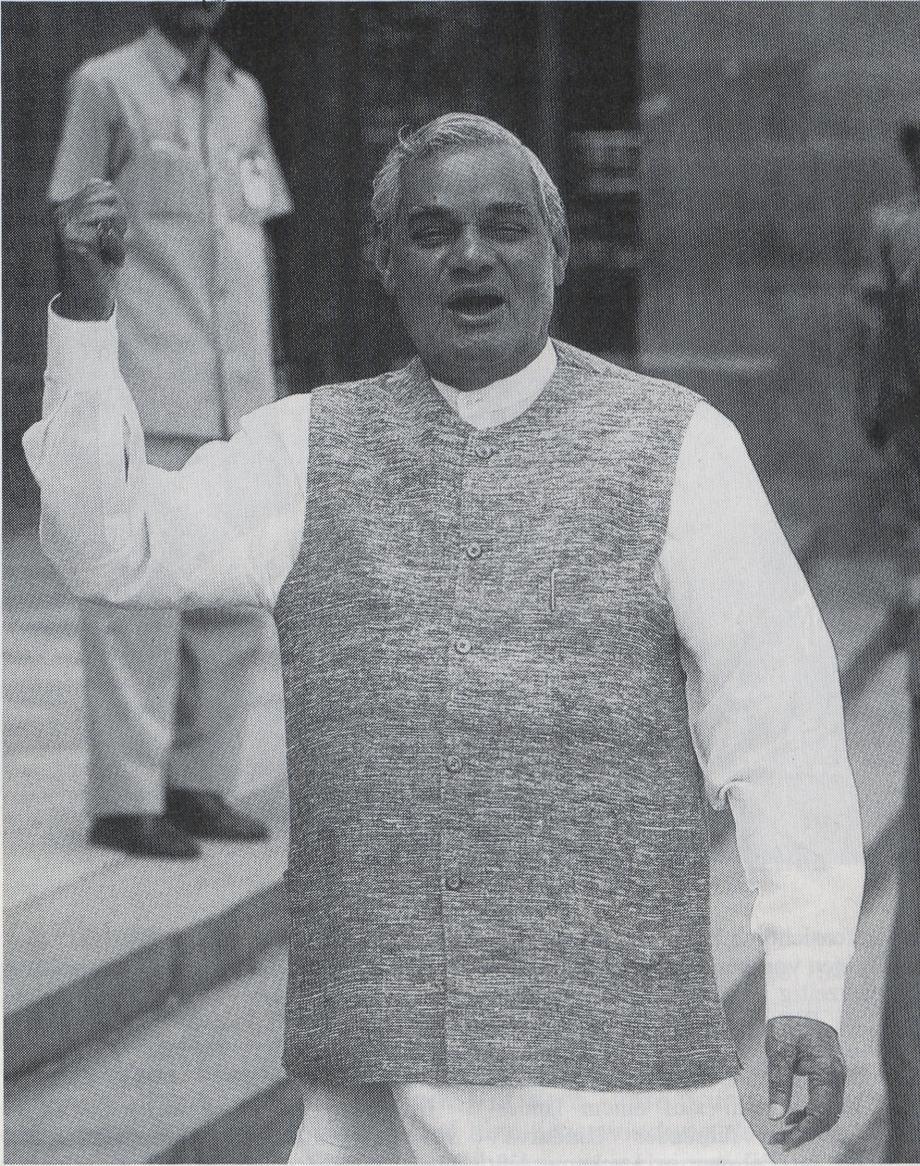
Auf der Exekutivtagung der 'Sangh Parivar' wurde ein drei Punkte umfassender Aktionsplan vorgelegt: 1. Aktionen, um die Konversion von Hindus, besonders zum Christentum, zu verhindern. 2. Kampagnen gegen die an den Westen angelehnten Liberalisierungstendenzen. 3. Wiederaufnahme der Tempel-Agitationen von Ayodhya, dem sogenannten Kashi (Varanasi) und Mathura. Nach den verheerenden Unruhen durch den Abriß der Babri-Moschee von

Ayodhya hatte die 'Sangh Parivar' ihre weitergehenden Forderungen zunächst zurückgestellt. Diese modifizierte Haltung der 'Sangh Parivar' war zugleich eine Voraussetzung für die Machtübernahme ihres politischen Flügels der BJP.

Im rechten Lager begann man bereits vor der eigentlichen Regierungskrise laut über einen geeigneteren Kandidaten nachzudenken: Jemanden, der die Hindutva Vorstellungen der Mitglieder besser umsetzen könnte. Offen wurde darüber diskutiert, ob Murli Manohar Joshi oder Lal Krishna Advani Vajpayee beerben sollten. Im nachhinein gibt dieses Treffen den Spekulationen neue Nahrung, daß der Bruch der Koalition einem Flügel innerhalb der 'Sangh Parivar' nicht ungelegen gekommen sei. Vorgezogene Neuwahlen könnten klarere Mehrheitsverhältnisse zugunsten der BJP nach sich ziehen und gleichzeitig könnte ein Kandidat des rechten Flügels hindunationalistischen Vorstellungen zu mehr Durchsetzungskraft verhelfen. Fraglich bleibt jedoch, ob ein anderer Politiker als das liberale Aushängeschild Vajpayee den Wahlerfolg wiederholen kann.

'Congress' - Tea Time mit Jayalalitha

Die Rolle der 'Congress'-Partei beim Sturz der Regierung ist widersprüchlich. Offiziell sollte von Anfang an der Eindruck vermieden werden, aktiv an der Demontage der BJP-Regierung mitge-



Vajpayee, der große Verlierer (Foto: 'Outlook')

wirkt zu haben. Faktisch bedeutete das Treffen zum Tee am 29. März zwischen Jayalalitha und Sonia Gandhi dann jedoch das Ende der Regierung Vajpayee. Bei der Zusammenkunft der beiden Parteiführerinnen signalisierte die 'Congress'-Partei ihre Bereitschaft, eine Regierung unter ihrer Führung zu bilden.

Dieser Wandel kam für viele überraschend. Er widersprach der seit Monaten gebetsmühlenhaft wiederholten Zurückhaltung. Die Reformierung der Partei stehe erst am Anfang, so die Losung der Parteispitze. Für viele Parteistrategen mochte auch der Zeitpunkt verfrüht gewesen sein. Zweifelsohne befand sich der 'Congress' im Aufwind. Seit dem Eintritt Sonia Gandhis ging ein Ruck durch die Partei. Erste Früchte konnten bei den Regionalwahlen im November eingefahren werden (vgl. hierzu 'Südasiens', 1/99).

Der Zeitplan bei der Rückkehr zur politischen Macht war jedoch sicherlich ein

anderer. Die Regionalwahlen im nächsten Frühjahr, u.a. im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh, sollten demnach zum Gradmesser für das Comeback des 'Congress' werden. Diesen Wahlkampf hätte man sicherlich lieber aus der Oppositionsrolle in Delhi heraus bestritten - mit den nach oben weisenden Popularitätswerten der Partei im allgemeinen und denen Sonia Gandhis im besonderen. In ihrer ehemaligen Hochburg Uttar Pradesh hatte der 'Congress' bei den Unionswahlen 1998 keinen einzigen Wahlkreis erringen können und dabei wird hier aufgrund der demographischen Größe so manche Vorentscheidung für die Zusammensetzung des indischen Parlaments, der 'Lok Sabha', getroffen.

Hier wird auch entscheidend sein, inwieweit es ihr gelingt, alte Wählerklientel zurückzugewinnen. Diese sind im Falle der Kastenhindus zur BJP, der Kastenlosen zur BSP und bei den Niedrigkastigen und religiösen Minderheiten zur

SP gewandert. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß der Führer der SP, Mulayam Singh Yadav aus Gründen der eigenen Profilverwischung vor einer Koalition mit dem 'Congress' zurückschreckte.

"Keine Herrschaft Roms!"

Die aussichtsreichste Oppositionspartei indes bringt sich möglicherweise selbst um die Früchte ihrer Arbeit. Die sich in Gestalt von Sonia Gandhi manifestierende Aufbruchstimmung des 'Congress' wurde durch innerparteiliche Kritik jäh gestoppt. Im Zentrum der Kritik steht die ausländische Herkunft sowie die vermeintliche politische Unerfahrenheit der Witwe Rajiv Gandhis. Vorgetragen wurde sie nicht von Parteipolitikern der zweiten Garde, sondern von altgedienten Mitgliedern des 'Congress Working Committee' (CWC): Von P.A. Sangma, Tariq Anwar und Sharad Pawar, dem Sprecher der Partei im gerade aufgelösten Unterhaus. Schriftlich teilten sie mit: "Es ist nicht möglich, daß die Regierung eines Landes von 980 Millionen Menschen, mit einem Reichtum an Bildung, Kompetenz und Fähigkeiten, von jemand anderem als von einem Inder geführt werden kann."

Für die Opposition jedenfalls bedeuten diese innerparteilichen 'Congress'-Querelen ein willkommenes Fressen. Schon signalisierte die auf Wahlkampfkurs getrimmte Parteimaschine der BJP, sich primär des Gandhi-Themas anzunehmen. Noch im letzten Wahlkampf zog man dieses Thema zurück. Das Agitieren gegen die "Ausländerin" Sonia Gandhi - seit 1980 indische Staatsbürgerin - wurde vom Wähler nicht honoriert. Die Voraussetzungen sind heute jedoch andere. Zum einen leistete Sonia Gandhi vor einem Jahr nur Wahlkampfunterstützung und kandidierte nicht für das politisch machtvollste Amt des Staates, zum anderen findet sie selbst in ihrer eigenen Partei keine uneingeschränkte Unterstützung mehr. Ängste vor einer neuen Fremdherrschaft werden nun geschürt und finden ihren Ausdruck in Slogans wie: "Wir wollen keine Herrschaft Roms!"

Sonia Gandhi reagierte prompt: Kurz nach Veröffentlichung des Briefes, trat sie vom Amt der Parteipräsidentin zurück. Die Kehrtwende folgte eine Woche danach. Sie ließ sich durch die Solidaritätsbekundungen ihrer Partei - durch Kundgebungen und Hungerstreiks - "erweichen" und wird nun aller Voraussicht nach die 114-jährige Partei als Spitzenkandidatin in die kommenden Wahlen führen.

Wie wichtig sie für den Wahlerfolg der 'Congress'-Partei ist, läßt sich an der

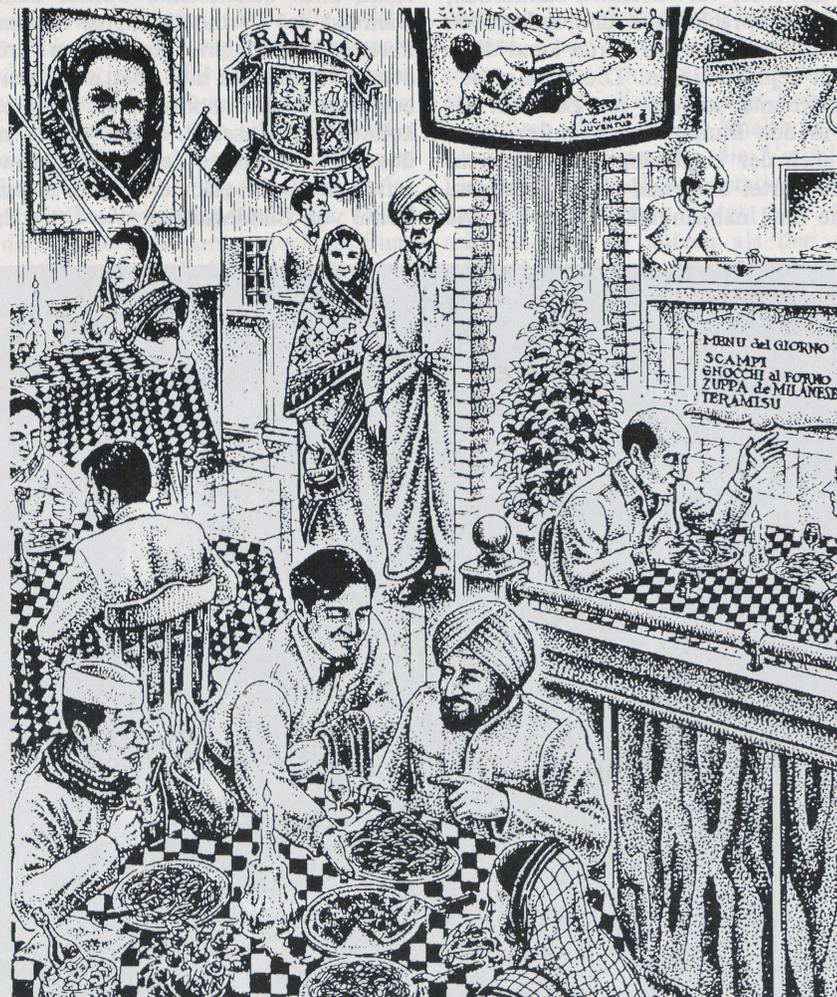
Reaktion der Parteiführung ablesen. Um sie umzustimmen und sie als Zugpferd in den kommenden Wahlen voranzuschicken, wurden die revoltierenden Politiker aus der Partei ausgeschlossen. Ungeachtet der daraus resultierenden Konsequenzen, denn: Die Machtbasis der drei Dissidenten ist nicht zu unterschätzen. Sangma verfügt im Nordosten des Landes über großen Einfluß, der Muslim Anwar vermag bei der größten religiösen Minderheit einen gewissen Stimmenanteil zu mobilisieren und Pawar führt in Maharashtra einen der stärksten Landesverbände der Partei. Gerade bei den letzten Wahlen feierte der 'Congress' hier seinen größten Erfolg.

Vielleicht liegt hierin auch der Grund für das Verhalten Pawars, dessen Kehrtwendung besonders erstaunt. Noch im April wird er vom Nachrichtenmagazin 'Sunday' mit den Worten zitiert: "Ich denke, Sonia Gandhi hat das legitime und natürliche Recht, die Regierung zu führen." Pawar werden größere Ambitionen als die eines Parteisoldaten der Gandhis unterstellt. Möglicherweise spekuliert er darauf, in einer Neuauflage der 'United Front' zu höheren Ehren zu gelangen.

In der Geschichte der Republik Indien gelang es bisher einzig der 'Congress'-Partei, stabile Regierungen zu bilden. Alle anderen mußten vor Ablauf der Legislaturperiode abdanken. Ob der Name "Gandhi" bei den anstehenden Wahlen einmal mehr zum Erfolgsgaranten wird, bleibt abzuwarten.

Unrealistisch hingegen erscheint die nach den letzten Regionalwahlen von einigen Kommentatoren geäußerte Prognose, Indien befände sich auf dem Weg zu einem Zwei-Parteien-System. Tatsächlich kam es bei den erwähnten Wahlen zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen nationalen Parteien - BJP und 'Congress'. Dennoch dürfte dieses Votum nicht stellvertretend für das ganze Land stehen. Gerade in den Bundesstaaten des Südens bleibt die

ILLUSTRATED PROPHECIES



2003 NEW DELHI

Three years into PM Sonia Gandhi's rule, Little Italy was hopping. "Who cares about the price of onions when the cappuccino tastes this good?" asked one customer. "And now the trains run on time, too!" added his friend

(aus: 'Asiaweek', 28.5.99)

Machtbasis regionaler Parteien ungebrochen. Die starke Fragmentierung des indischen Parteiensystems mit dem Zwang zur Koalitionsbildung dürfte auch die

Zusammensetzung und Handlungsfähigkeit der zukünftigen im September bis Oktober zu wählenden 'Lok Sabha' bestimmen.

Indiens Probleme mit der Demokratie

von Asghar Ali Engineer

Was heute in unserem Land geschieht, hat auch viele Fragen über die demokratische Regierungsform aufgeworfen. Es ist vor allem die Art und Weise wie die Koalitionspolitik heute politische Instabilität erzeugt hat und mehrere kleine und große Parteien in den verschiedensten Kombinationen entsprechend den

eigenen Interessen Nachsicht üben. Deshalb sind viele Menschen der Ansicht, daß Politiker vollkommen skrupellos sind und sich nicht um die Belange des Landes kümmern, nur um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Dies ist im großen und ganzen richtig, doch auch Politiker eines demokratischen Staatswe-

sens unterliegen Zwängen. Wir wollen hier etwas Licht auf die Demokratie und ihre Probleme speziell aus der regionalen und der Minderheitenperspektive werfen.

Heute rückt das Drama der Koalitionspolitik auf Bundesebene einen weiteren wichtigen Aspekt der Demokratie in ei-